Sprechzettel
der Ministerin für Schule und Weiterbildung
des Landes Nordrhein-Westfalen,
Sylvia Löhrmann

Schuljahresauftaktpressekonferenz

Wir gestalten den Wandel auf dem Weg zur Schule der Zukunft

Freitag, 15. August 2014

Es gilt das gesprochene Wort!

Inhalt

- **Einleitung**
- **Schulkonsens wird umgesetzt:** Land investiert demografische Rendite auch in kleinere Klassen
- **Fortgesetzter Generationenwechsel:** Bisher über 5.500 Lehrereinstellungen in 2014
- **Gut für alle Schülerinnen und Schüler:** Inklusion auf gesetzlicher Grundlage
- **Beeindruckende Entwicklung:** 207 neue Schulen des längeren gemeinsamen Lernens seit 2011/12
- **Kontinuierlicher Ausbau:** Islamischer Religionsunterricht wächst Schritt für Schritt
- **Schluss**

Einleitung

Anrede,

die Schullandschaft in Nordrhein-Westfalen befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Klassen und Lerngruppen werden heterogener, Vielfalt wird zur Normalität. Die Landesregierung gestaltet diesen Wandel, pragmatisch und mit einem klaren Kurs.

Unser Ziel ist es, mehr Schülerinnen und Schüler zu besseren Leistungen und auch besseren Abschlüssen zu führen, und wir wollen die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft weiter verringern.

In den vergangenen vier Jahren haben wir in Nordrhein-Westfalen die Grundlage für eine zukunftsorientierte Schulentwicklung gelegt. Die Bildungskonferenz, der Schulkonsens, die Einführung des islamischen Religionsunterrichts, das Erste Gesetz zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sind Meilensteine auf dem Weg zu einer leistungsstarken, vielfältigen und gerechten Schule der Zukunft.

Auf diesem Weg werden wir weiter vorangehen: zielgerichtet, Schritt für Schritt.

Schulkonsens wird umgesetzt: Land investiert demografische Rendite auch in kleinere Klassen

Anrede,

der demografische Wandel wird sich auch in diesem Schuljahr fortsetzen. Nach unseren Prognosen sinkt die Zahl der Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Schulen und an privaten Ersatzschulen um 45.000 auf 2,54 Millionen. Das sind 1,7 Prozent weniger als im Vorjahr.

Die Landesregierung steht zu ihrem Wort und investiert die sogenannte demografische Rendite systematisch in die Verbesserung der Lernbedingungen unserer Schülerinnen und Schüler. Wesentliche Maßnahmen beruhen auf dem Schulkonsens von 2011.

In den Grundschulen setzen wir die Absenkung des Klassenfrequenzrichtwertes im Schuljahr 2014/15 von 23,5 auf 23,0 weiter fort und investieren dafür bisher zusätzlich 1.100 Stellen. Das ist uns 55 Millionen Euro wert.

Wie vereinbart beginnen wir in diesem Schuljahr auch mit der Absenkung der Richtwerte für die Klassengrößen an weiterführenden Schulen. Für Realschulen, Gymnasien und bestehende Gesamtschulen sinkt der Richtwert beginnend mit den Eingangsklassen in einem ersten Schritt von 28 auf 27 Schülerinnen und Schüler. Die Landesregierung stellt dafür zum neuen Schuljahr 260 Stellen aus der demografischen Rendite zur Verfügung.

Die Absenkung der Richtwerte für die Eingangsklassen führt dazu, dass für die tendenziell weiter sinkenden durchschnittlichen Klassengrößen auch die entsprechenden Lehrerressourcen bereitgestellt werden.

Die genauen Zahlen und weitere aktuelle Daten entnehmen Sie bitte dem umfangreichen Materialpaket, das Sie wie gewohnt in Ihren Unterlagen finden.

Fortgesetzter Generationenwechsel: Bisher über 5.500 Lehrereinstellungen in 2014

Anrede,

auch der Generationenwechsel in der Lehrerschaft setzt sich fort.

In diesem Jahr konnten bisher mehr als 5.500 Lehrerinnen und Lehrer neu in den Schuldienst eingestellt werden. In den letzten zehn Jahren (2004 bis 2013) wurden insgesamt 65.528 Lehrkräfte neu eingestellt.

Lediglich 255 Stellen konnten zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht besetzt werden davon befinden sich noch circa 200 im Verfahren. Bei einer Gesamtstellenzahl von 151.778 Lehrerstellen liegt die Quote der bisher unbesetzten Stellen im Einstellungsverfahren damit bei 0,17 Prozent.

Das ist erneut ein außerordentlich gutes Ergebnis.

Gut für alle Schülerinnen und Schüler: Inklusion auf gesetzlicher Grundlage

Anrede,

Nordrhein-Westfalen befindet sich auf dem Weg zur inklusiven Schule. Seit Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention im März 2009 haben Menschen mit Behinderung ein verbrieftes Recht auf Teilhabe. Inklusion ist für alle ein Gewinn. Das wissen wir, weil wir nicht bei null anfangen.

Nordrhein-Westfalen verfügt über eine lange Tradition des Gemeinsamen Lernens von Kindern mit und ohne Behinderung. An vielen Schulen unseres Landes ist der Gemeinsame Unterricht bereits gelebte Praxis.

Aber seit der Landtag im Oktober 2013 das Erste Gesetz zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention verabschiedet hat, arbeiten wir auf einer gesetzlichen Grundlage. Das haben noch längst nicht alle Bundesländer geschafft.

In den vergangenen zwei Schuljahren ist der Inklusionsanteil bereits von 24,6 im Schuljahr 2012/13 auf 29,6 Prozent im Schuljahr 2013/14 an den öffentlichen und privaten Schulen gestiegen – und das auf der alten gesetzlichen Grundlage.

Nach unseren Prognosen erwarten wir für das Schuljahr 2014/15 in der Primar- und Sekundarstufe I einen Inklusionsanteil von über 35,4 Prozent. Das wären rund sechs Prozentpunkte mehr als im vergangenen Schuljahr.

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit einem festgestellten Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung in der Primar- und Sekundarstufe I wird voraussichtlich

121.200 betragen, davon werden 42.900 eine allgemeine Schule besuchen. Das sind 7.400 Schülerinnen und Schüler mehr als im Vorjahr.

Diese Zahlen zeigen: Der Ausbau des Gemeinsamen Lernens vollzieht sich Schritt für Schritt in maßvollen Zuwachsraten. Das stimmt mich zuversichtlich für die weitere Entwicklung und lässt erwarten, dass die Schulen den Ausbau des Gemeinsamen Lernens auch im kommenden Schuljahr meistern werden.

Ich habe immer betont, dass es sich beim 9. Schulrechtsänderungsgesetz um das Erste Gesetz zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention handelt. Wir werden den Prozess der Umsetzung eng begleiten und bei Bedarf nachsteuern.

Die Landesregierung investiert für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bis 2017 insgesamt rund eine Milliarde Euro. Und ich bin froh, dass es uns noch vor der Sommerpause gelungen ist, eine einvernehmliche Lösung mit den Kommunalen Spitzenverbänden zu erzielen. In den kommenden Jahren wird das Land die Kommunen bei der Umsetzung der Inklusion mit 175 Millionen Euro unterstützen. Das ist eine faire Lösung.

Die wesentlichen Maßnahmen der Unterstützung der Schulen sind:

Bis zum Jahr 2017 stellen wir insgesamt rund 3.200 zusätzliche Lehrerstellen für den Inklusionsprozess zur Verfügung. Wenn der prognostizierte Aufwuchs erfolgt, steht der Verdreifachung des Inklusionsanteils eine Versechsfachung der Lehrerstellen zur Seite.

Um den Bedarf an Lehrkräften für die sonderpädagogische Förderung zu decken, hat die Landesregierung bereits im Wintersemester 2013/14 begonnen, bis 2018 zusätzliche sonderpädagogische Studienplätze einzurichten.

Und seit Februar 2013 läuft zudem eine bundesweit einmalige berufsbegleitende Qualifizierungsmaßnahme für bis zu 2.500 Lehrerinnen und Lehrer, die bereits Erfahrung mit dem Gemeinsamen Unterricht haben.

149 Lehrkräfte aus dem ersten Durchgang haben am 31. Juli 2014 ihre Ausbildung mit der Staatsprüfung erfolgreich abgeschlossen, sie sind nun als sonderpädagogische Lehrkräfte tätig. Insgesamt haben sich bislang 736 Lehrkräfte für diese Weiterbildungsmaßnahme beworben.

Anrede,

wir unterstützen die Schulen auf ihrem Weg zur inklusiven Schule außerdem mit bedarfsgerechten Fortbildungsangeboten.

15.000 Lehrerinnen und Lehrer haben allein im vergangenen Schuljahr an der einen oder anderen Fortbildungsmaßnahme zur Inklusion teilgenommen. Jede vierte Fortbildungsveranstaltung befasste sich mit dem Thema Inklusion.

Das zeigt nicht nur den Fortbildungsbedarf der Schulen, sondern auch die große Bereitschaft, sich auf das Gemeinsame Lernen einzulassen.

Anrede,

in Zukunft geht es darum, künftige Lehrergenerationen von Anfang an auf die Erfordernisse der Inklusion vorzubereiten.

In Nordrhein-Westfalen werden wir im Zuge der Novellierung des Lehrerausbildungsgesetzes das bereits jetzt verpflichtende Basismodul „Diagnose und Förderung“ um eine Basisqualifizierung zu speziellen Fragen von Inklusion und wachsender Heterogenität erweitern. Dabei kommt es auch darauf an, Lehrerinnen und Lehrer auf die Arbeit in multiprofessionellen Teams mit anderen Berufsgruppen aus der Sozialpädagogik, der Psychologie oder auch der Jugendhilfe vorzubereiten.

Auch das Kerncurriculum für den Vorbereitungsdienst werden wir auf die Herausforderungen eines inklusiven Schulsystems ausrichten.

Beeindruckende Entwicklung: 207 neue Schulen des längeren gemeinsamen Lernens seit 2011/12

Anrede,

der Schulkonsens von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erweist sich auch drei Jahre nach der Unterzeichnung als stabile Basis für eine zukunftsfeste Schulentwicklung. Er ist die Grundlage für den Erhalt eines wohnortnahen, umfassenden, weiterführenden Schulangebots. Die Sekundar- und Gesamtschulen entsprechen dem Wunsch vieler Eltern, die Bildungswege ihrer Kinder länger offen zu halten.

Zum Schuljahresbeginn 2014/15 werden 25 neue Sekundarschulen, 25 neue Gesamtschulen und vier neue PRIMUS-Schulen ihren Betrieb aufnehmen. Von den zwölf bereits zum Schuljahr 2011/2012 errichteten Gemeinschaftsschulen setzen zehn ihren Schulversuch fort. (Zwei Gemeinschaftsschulen der Stadt Köln werden umgewandelt in eine neue Gesamtschule.)

Seit dem Schuljahr 2011/12 sind 207 neue Schulen errichtet worden. Sie werden im kommenden Schuljahr von über 53.000 Schülerinnen und Schülern besucht.

Damit steigt die Zahl der Schulen des längeren gemeinsamen Lernens in NRW auf insgesamt 430. Das ist innerhalb von vier Jahren fast eine Verdoppelung.

Im Zuge der Errichtung von 54 neuen Schulen zum Schuljahr 2014/15 laufen 93 Schulen schrittweise aus bzw. werden umgewandelt, d.h. diese Schulen nehmen keine neuen Schülerinnen und Schüler mehr auf. Davon sind vier Grundschulen (PRIMUS), 40 Hauptschulen, 38 Realschulen, neun Verbundschulen und zwei Gemeinschaftsschulen betroffen.

Besonders erfreulich ist, dass mehr als drei Viertel der neuen Sekundarschulen, fast alle der neuen Gesamtschulen und zwei der vier neuen PRIMUS-Schulen bereits im ersten Jahr Schülerinnen und Schüler mit einem Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung aufnehmen werden.

Kontinuierlicher Ausbau: Islamischer Religionsunterricht wächst Schritt für Schritt

Anrede,

zum Schluss gebe ich Ihnen noch einen kurzen Überblick über den islamischen Religionsunterricht. Wir bieten das Fach jetzt im dritten Jahr an und stellen fest, dass sich das Angebot weiter etabliert. Der islamische Religionsunterricht in deutscher Sprache stößt auf breite Zustimmung.

Der islamische Religionsunterricht ist ein Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung für die 1,5 Millionen Muslime in unserem Land, und er leistet einen wichtigen Beitrag zur Integration.

Schritt für Schritt werden wir das Angebot bedarfsgerecht weiter ausbauen.

Im neuen Schuljahr werden voraussichtlich 52 Grundschulen und 40 weiterführende Schulen islamischen Religionsunterricht anbieten. Das sind 16 Grundschulen und 13 weiterführende Schulen mehr als im vergangenen Schuljahr.

64 Lehrerinnen und Lehrer werden insgesamt rund 6.500 Schülerinnen und Schüler unterrichten.

Die Universität Münster bildet seit dem Wintersemester 2012/13 Lehrerinnen und Lehrer für den islamischen Religionsunterricht aus. Zurzeit befinden sich 132 Studierende in der Ausbildung. Die ersten Absolventinnen und Absolventen werden 2017 mit dem Vorbereitungsdienst beginnen.

Um den Bedarf an Lehrkräften bis dahin zu decken, wird die Bezirksregierung Köln ab dem kommenden Schuljahr einjährige Zertifikatskurse für den islamischen Religionsunterricht anbieten. Sie richten sich an grundständig ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer sowie an Herkunftssprachenlehrkräfte.

Schluss

Anrede,

die Landesregierung setzt die in den vergangenen Jahren eingeleiteten Neuerungen planvoll um. Wir wissen, dass Veränderungen Zeit und Unterstützung brauchen. Obwohl der Wandel tiefgreifend ist, verläuft er in NRW evolutionär. Erfolgsfaktoren sind die Entscheidungskompetenz vor Ort und der Elternwille. Die Ermöglichungsstrategie geht auf.

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir die vor uns liegenden Herausforderungen gemeinsam bewältigen werden.

Mein Dank richtet sich an alle Beteiligten vor Ort in den Schulen und in den Aufsichtsbehörden, die den Wandel der Schullandschaft aktiv mitgestalten.

Gemeinsam ist es unser Ziel, Kindern und Jugendlichen neue Bildungschancen zu eröffnen. Das ist gut für sie, das ist auch gut für unsere Gesellschaft.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!